

bedeutend für den Frieden zwischen beiden Völkern anzusetzen. Das war für Deutschland die angenehmste Botschaft. Denn aus diesen Reden, gehalten an jenem Tag, der Sozialisten aller Welt historischen Tag, dürfen wir Deutsche nicht die Lehren ziehen, sondern den Glauben schöpfen, daß Deutschland wirklich noch eine Zukunft hat.

Die Sozialdemokratische Partei, die als die Beziehungen zu den sozialistischen Parteien aller Länder aufnahm, hat sich nach dieser Richtung hin bereits gute Arbeit geleistet. Ihr Vorsitzender, Dr. Kurt Breda, ein Mann, der nicht nur durch die Schmach von Dachau und Buchenwald ehen Hilfe, ist zum Sprecher des in der wahren Demokratie gemeinen deutschen Volkes geworden. Er erklärte, daß nicht Grenzbewachungen, Grenzverlegungen den Schutz anderer Völker garantieren, eine Angelegenheit, die in dem Zeitalter der Flugtechnik und der Atombomben ohnedies nur von problematischem Wert ist, sondern nur das gegenseitige Vertrauen der Völker zueinander die Garantien eines guten und schönen Friedens sein können. Das aus jetzt noch so ungewissen die Welt bestehen, soll nicht bestritten werden. Die ohne kriegerische Auseinandersetzungen zu beseitigen, wird das Werk der Nationen sein müssen. Wie das Vereinigen dabei kein Interesse, um für einen Ost- oder Westblock zu entscheiden.

Am morgigen Sonntag haben wir in Rheinland-Pfalz die Wahl für die Demokratie und für den Frieden abzufragen. Ein jeder Friedensfreund, und jeder, dem das Wohl unseres so schwer geprüften Volkes am Herzen liegt, muß sich zu diesem Zweck bemühen, die Wahlteilnahme möglichst hoch zu halten, denn was bei dieser Wahl veräußert wird, ist unumkehrbar. Auch die Stellungnahme der Bevölkerung zu dem Antrag zur Verfassung muß eindeutig sein. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in eingehender Beratung der Verfassung bei der Endabstimmung im Reichstag unterstützt. Dieses Nein kam aus vollem Verantwortungsbewusstsein. Neben außenpolitischen Gesichtspunkten waren unüberwindliche Differenzen zwischen der sozialdemokratischen und der christlichen Fraktion maßgebend.

Die in letzter Zeit in der Presse und in Versammlungen aufgestellte Behauptung, die sozialdemokratische Partei, die Verfassung sei mit 70 zu 31 Stimmen angenommen worden und die sozialdemokratische Fraktion sei in ihrer Haltung gespalten gewesen, gibt allerdings ein ganz falsches Bild und entspricht auch nicht den Tatsachen. Gegen die Verfassung waren nicht die sozialdemokratische Fraktion, sondern diese in ihrer Gesamtheit mit 41 Stimmen. Es war dabei gar nicht erforderlich, daß diese 41 an der Abstimmung deren Ergebnis feststehen, sich nicht beteiligen. Es hätte genügt, wenn der Fraktionsvorsitzende für die sozialdemokratische Fraktion das Nein in den 31 Stimmen hätte. Das ist der Fall. Die sozialdemokratischen Abgeordneten aus beiden sozialdemokratischen Minister, Räte und der Verfasser dieses Artikels, sich befinden, sei nur der Vollständigkeit wegen bemerkt. Die Schuldfolger aus dem Abstimmungsergebnis am Landtag ist demnach doch schon ein anderer als die von manchen in der Presse und in den Kampfbroschüren gezeichnete. Während die jetzt zusammengeschlossenen Gruppen des Sozialen Volksbundes und der Liberal-Demokratischen Partei in ihrer unerschrockenen Haltung festgeblieben, hätten sie sich nicht zu Gründen, die man wohl erst nach der Wahl genau kennen wird, zur Aufgabe ihrer absehbaren Stellung begeben. Sie hätten 41 Sozialdemokraten, neun Kommunisten und sieben Abgeordnete des Sozialen Volksbundes und der Liberal-Demokratischen Partei zusammen 57 Stimmen der CDU, ihre Ablehnung bekundet. Nach hat die Bevölkerung die letzte Entscheidung. Möge sie diese Entscheidung so treffen, daß sich hieraus für die Zukunft unseres Volkes ergibt. Denn die deutsche Zukunft geht es bei dieser Wahl und Abstimmung.

KP Bauer und Bäuerin!

Was wollen die Kommunisten?

1. Eine demokratische Bodenreform, die als Ziel die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Großgrundbesitzer hat.
2. Entlohnung und Verteilung an landwirtschaftern Bauern, Bauernhöfen, Landarbeitern und Neubürgern soll aller Grundbesitz über 100 Hektar werden.
3. Ebenfalls soll enteignet werden aller Grundbesitz der Industriegruppen und der Kapitalisten gehört und nur spekulativen Zwecken dient. Dieser Boden soll den bisherigen Pächtern übereignet werden. Entzogen werden soll auch der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Nazifunktionäre.
4. Die Entlohnung soll einschlagendsten erfolgen, denn es ist für einen Neubauern untragbar, beim Beginn von Schulden reduziert zu sein. Es bestünde sonst die Gefahr, daß beim Auftreten irgendwelcher Schwierigkeiten er aus neue in die Abhängigkeit eines Spekulanten gerät und damit von Haus und Hof kommt.
5. Der zugewiesene Grundbesitz soll so groß sein, daß eine gesunde Landwirtschaft möglich ist. Er soll über 15 Hektar nicht übersteigen. Nicht enteignet werden soll das Eigentum der Klöster und der Klöster, die Grundbesitz haben und der Forschungs-Institute. Antifaschistische Großgrundbesitzer sollen ein Restgut von 400 Morgen behalten.
6. Oedländernein müssen auf ihren evtl. Nutzweizen überprüf werden. Anbaufähiges, aber nicht nutzbares Land soll einer erhöhten Besteuerung unterworfen werden. Dadurch kommt dieses Land unter Angebotswang, und für viele Städter ist die Grundlage einer Heimstätte und eine bessere Ernährungsgrundlage geschaffen.

nen Händen bearbeiten wollen, dann dürfte auch für die Entscheidung nicht schwer fallen, sie heißt Bodenreform!

Wer aber kämpft dafür? Allein die Kommunisten! Deshalb gibt jeder Bauer und jede Bäuerin, die bei der Wahl seine Stimme der KPD!

Papier statt Brot!

Das ist das Ergebnis von siebenmonatiger CDU-Mehrheit im Landtag Rheinland-Pfalz. Statt Überbrückung finanzieller Differenzen bietet die CDU der Bevölkerung die Ausragung religiöser Gegensätze, durch den Volksentscheid: Konfessionsschule oder Gemeinschaftsschule, ein Neuen Religionskrieg oder religiöse Duldung!

Statt Entmachtung der wahren Schuldigen an Unglück unseres Volkes, der kriegsverbrecherischen Monopollastlosen und Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft, wird die CDU den Schutz dieser „Arbeitgeber-Ver-einigungen“!

Nicht das Volk, nicht landwirtschafter, nicht Vertreter dieses Hinterlandes sollen entscheiden über die Bodenreform, sondern der nicht der Kontrolle des Volkes unterstehende Verfassungs-Gerichtshof! Statt gleichberechtigter Mitbestimmung der Gewerkschaften und Betriebsräte bei allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen, nur eine gemeinschaftliche Mitverantwortung ohne Rechte!

Nicht die Bodenschätze, nicht die nutz-

baren Naturkräfte und die Grundstoff-Industrien sollen in die Hände des Volkes übergeben werden, sondern der Staat soll das Eigentum, das großkapitalistische Eigentum, schützen, weil es ein Naturrecht ist, wie die CDU behauptet!

Während die deutschen Kräfte sollen sich entfalten, sondern die politischen Minderheiten sollen durch 3% Klauseln bei Wahlen unterdrückt werden!

Die Souveränität des Volkes als Ausdruck höchsten demokratischen Willens wird durch die CDU zur Lastenträgerin herabgesetzt, das Volk zum Packesel der Staats-Bürokratie gemacht!

Keine Reform der Justiz an Haupt und Gliedern, dafür richterliche Gewalt und unabsetzbare Richter auch bei politischen Entschädigungen!

Durch das Prinzip der unantastbaren Gewaltenteilung soll die demokratische Volkskontrolle am Staatsapparat verhindert werden!

Troiz bitterster Erfahrung aus der Vergangenheit wurde ein abgewandelter Paragraph 48 der Weimarer Verfassung für Notverordnungen in die neue Verfassung eingebaut!

Keine Teilnahme der Jugend am Aufbau der Demokratie infolge Herabsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre, der Wahlbarkeit auf 25 Jahre!

Keine völlige Gleichstellung der Frau mit dem Mann durch Aufhebung aller geschlechtlichen Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen!

Aber es wird noch etwas bewiesen: nämlich: Verfassungsfragen sind Machfragen!

Weil die schaffenden Menschen, die Werktätigen in Stadt und Land, heute mehr verlangen als papierene Gesetze, weil sie zuerst um die Grundlagen ihrer Existenz

ringen müssen, ist es notwendig, daß neue fortschrittliche Männer und Frauen an die Führung gelangen und die Vertreter einer alten Zeit abtreten.

Wenn es mit den Forderungen ernst ist, daß der Friede und die persönliche Freiheit gesichert, die Einheit aller Schaffenden herbeigeführt, das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen errungen, die Überführung der Bodenschätze, der nutzbaren Naturkräfte und der Grundstoff-Industrien in die Hände des Volkes durchgeführt wird, wer sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß die Vormachtstellung der CDU im neuen Landtag Rheinland-Pfalz durch-

Keine Entmachtung der Kriegsverbrecher

Keine Bodenreform, keine Planwirtschaft zur Behebung der Ernährungsfrage

Kein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte

Daher ein Nein dieser Verfassung

einigen Rück nach der äußersten Linken gebrochen werden muß, der wird am 18. Mai 1947 zur Verfassung

NEIN sagen und seine Stimme der Liste der Kommunistischen Partei geben.

Denkt daran! Ein „Nein“ dieser Verfassung! Wählt die Kandidaten der Kommunistischen Partei!

Versammlungskalender der Kommunistischen Partei
 Sonnabend, 17. Mai, jeweils 20 Uhr: Bendenheim, Offenl. Versammlung Bendenheim, Offenl. Versammlung, M. Walsenau, Offenl. Versammlung, Nieder-Olm, Offenl. Versammlung, Nackerndorf, Offenl. Versammlung, Bratzheim, Offenl. Versammlung, Montag, 19. Mai, 19.30 Uhr: Vers. der Jungkommunisten bei Burkart, Mainz, Kirschgärten.

Jugend zur Verfassung!

Unsere Antwort an Dr. Boden

Seit Wochen tobt nun der Kampf der Parteien um die Verfassung.

Wie sieht nun die Jugend zu dieser Frage?

Die neue Verfassung sind die Rechte der Jugend, der Kriegsverweigerer, der Opfer des Faschismus, der Rentner und Invaliden überhaupt nicht gesichert. Außerdem ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und der Gewerkschaften in keiner Weise gewährleistet.

Wir als junge Menschen sind der Meinung, daß wir im politischen Leben nicht abseits stehen wollen und können. Deshalb fordern wir, daß man vor allem die Rechte der Jugend in einer Verfassung verankert.

Wir fordern das Recht der Mitbestimmung auf allen Gebieten, die uns angehen, so die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, denn man hatte uns bereits mit 14 Jahren für wahlfähig erklärt. Nun fordern wir wenigstens das Wahlrecht.

Ferner lehnen wir die konfessionelle Spaltung in der Schule ab. Wir fordern die Bildungsmöglichkeit für alle minderbemittelten Mitglieder der Partei tritt am kommenden Sonntag in Mainz, in welcher der Ministerpräsident Dr. Boden zur Verfassung

Stellung nahm, das heißt, er gab keine eigentliche Erklärung ab, denn er ging nicht auf die Fragen der Jugend ein. Er behauptet, man versuche die Schulartikeln in den Vordergrund zu schieben, um die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Verfassung ablenken zu lassen.

Als die Verfassung zu Ende ging, forderten drei junge Menschen eine freie Diskussion, welche ihnen dreimal versagt wurde. Der Antrag der Kommunisten, daß kein Bürger von Rheinland-Pfalz zum Militärdienst gezwungen werden kann, abgelehnt! „Vernehm“, brach ein Freudegeschrei los. Dieser erkannten wir den wahren Charakter der Partei.

Wir wundern uns nicht mehr darüber, daß der Beginn und das Ende der Verfassungsmitteln umrahmt waren. Deutsche Jugend, reise zur Wahlurne, gib Deine Stimme der Liste der Kommunisten und Deine Rechte eintritt.

Die Kommunistische Partei tritt am kommenden Sonntag in Mainz, in welcher der Ministerpräsident Dr. Boden zur Verfassung

Stellung nahm, das heißt, er gab keine eigentliche Erklärung ab, denn er ging nicht auf die Fragen der Jugend ein. Er behauptet, man versuche die Schulartikeln in den Vordergrund zu schieben, um die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Verfassung ablenken zu lassen.

Evangelische Kirche

gegen Konfessionsschule

Täuschungsmanöver der CDU

Landesversammlung: Die CDU erstrebt die Verkürzung von Verwaltung und Schule.

Eine der führenden Persönlichkeiten der CDU, der Erzbischof, hat in Deutschland eine andere Persönlichkeit dieser Seite: Nur die katholische Doktrin, dominiert in einer streng kirchlichen Partei, kann unserer Demokratie gesunde Fundamente geben und vor allen Dingen jenes wider-natürliche Bündnis zwischen Arbeitern und Bürgern verhindern, das auf konfessioneller Unterscheidung beruht und zu dem führt, was der Nationalsozialismus unter dem Ausdruck „Volksgemeinschaft“ verstand.

Zum Nachdenken: Mehr als 40 Prozent der Bewohner von Rheinland-Pfalz sind Protestanten. Weniger als 18 Prozent der CDU-Abgeordneten sind Protestanten. Bitte vergleichen! Und es ist außerdem bekannt, daß diese Herren sowieso nur als das „Gefäß“ der Volksgemeinschaft mit dem „Gefüllten“ am Wasser bezeichnet. Aus einer solchen Feststellung läßt sich schließen: Protestantische Wähler, die CDU wählen, schwächen den politischen Einfluß des protestantischen Teils der Bevölkerung.

Freie Bahn dem Tüchtigen / und dem Parteilosen!

Wir verwarfen uns gegen einen Amtser-schacher, wie er jetzt betrieben wird. Leistung hat bei der Beurteilung eines Beamten nichts zu tun, sondern nur die Leistung. Wir wollen einen Preis, und dieser Preis ist die Leistung.

Landvolk, herhören!

Wer sich entschließt, klagt sich an. Die SP verteidigt sich gegen unseren Vorwurf, sie habe während der Verfassungsberatung die Aufteilung des Grundbesitzes, der über eine Überschneidung (25 Morgen) hinausgeht, verlangt. Wir stehen zu diesem Vorwurf und fügen hinzu, daß die SP das gleiche Verlangen für den ländlichen Grundbesitz gestellt hat, der von den Eigentümern nicht selbst bewirtschaftet wird. Wir haben diesen Anschlag gegen unsere heimische Landwirtschaft abgewehrt. Denkt bei der Entscheidung darüber, dankt daran: Von unseren ersten vier Kandidaten befinden sich drei im Bauernstand an. Sie heißen: Lahr, Karl, Ober-Hilbersheim; Feldmann, Karl, Armbach; und Wilspruch; Stadt und Land, Hand in Hand.

LP/SV Evangelische Kirche

gegen Konfessionsschule

Täuschungsmanöver der CDU

(DPR/P) Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir — im Gegensatz zur CDU — die offizielle Stellungnahme der evangelischen Kirche unserer Zone nicht unterschreiben, bekannt machen: Auf einer Tagung der evangelischen Kirchenleitungen der französischen Nordzone in Kreuznach wurde einstimmig beschlossen, daß es gegen die Konfessionsschule und für die Gemeinschaftsschule eintritt. Wenn Bischof Dibelius aus der totalitären Ostzone als Zeuge der CDU, für das Elternrecht angeführt wird, kommt man sich nicht als einem evangelischen Missionar vor, der seinen Auftrag erfüllt, sondern als ein Vertreter des „amtlichen Bekanntheitsmanövers“.

Heute so, morgen so

SP 1907: Religion ist Opium für das Volk.

SP 1947: Der wahre Christ steht zur SP.

SP 1907: Das „Vaterland“ ist eine Erfindung der Kapitalisten.

SP 1947: Eine neue Verfassung ist kein neues Deutschland.

Dr. Schweynig, CDU-Köln: Ihr Katholiken in Rheinland und Westfalen könnt Euch getroßt unserer neuen Richtung anschließen. Sie hat nur einen anderen Namen. Derselbe Herr an die Evangelischen: Ihr Protestanten könnt Euch ruhig uns anschließen, denn wir haben mit dem ehemaligen Zentrum nichts mehr zu tun. (!) Mein Zentrum nichts mehr zu tun. (!) Englische Unterhausdebatte Mai 1946: Die Kommunistische Partei ist keine Partei, sondern eine politische Verschwörung, die die Demokratie abzuwürgen will.

KPD, Frankfurt, Mai 1947: Für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung.

Der rote Faden

In der Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses vom 14. März 1937 wies Kultusminister Dr. Falk auf folgende Auslassung des „Westfälischen Kuriers“ hin: „Wir wollen einen Preis, und dieser Preis ist die Schule.“ — „Nun, meine Herren“, entgegnete Falk, „ich antworte ganz einfach: Diesen Preis bekommen Reichsbürger, Reichsbürger erwirde: „Wir bekommen ihn doch!“

Wiedergabe in Trier 1947: „Die Schule muß nicht aufhören, in ihre Männer zu drehen, sie zu peinigen, dafür einzustehen, daß die Schule wieder da werden, wie sie früher war.“ — „Wir wollen einen Preis, und dieser Preis ist die Schule.“ — „Nun, meine Herren“, entgegnete Falk, „ich antworte ganz einfach: Diesen Preis bekommen Reichsbürger, Reichsbürger erwirde: „Wir bekommen ihn doch!“

„Ja“ zur Verfassung - „Nein“ zum Schulentwurf

Nachdem in der Hauptsache auf die Initiative der Fraktion LP-SV, die gefährlichen Redhände links und rechts aus der Verfassung herausgehoben sind, bietet sie eine solide Grundlage für die Gestaltung unseres politischen Lebens für die nächsten Jahre. Sie ist nicht starr-dogmatisch gehalten, sondern läßt sich anpassen an die schnell bewegliche und veränderliche derzeitige Übergangszeit der Entschlußkraft und den persönlichen Fähigkeiten der einzelnen Minister und Beamten und der Stimmten des Volkes weitesten Spielraum. Entsprechend unserem Programm, das wir einmal, ganz klar ausgedrückt, in einem Artikel im NMA, so formulierten, wir seien ohne Programm in dem Sinne, daß wir nicht in dem Kleben an einem einseitigen Parteiprogramm die Lösung der vor uns stehenden ungeheuren Schwierigkeiten sehen, sondern in dem Hineinstellen der richtigen Persönlichkeiten an die richtigen Plätze, die dann jeweils die erforderlichen Maßnahmen zu treffen hätten für eine gesunde Wirtschaft und Innenpolitik zum Wohle des deutschen Volkes, entsprechend diesem Programm sagen wir „Ja“ zur Verfassung!

den Schulbestimmungen der neuen Verfassung

Wir wollen keinen Kulturkampf!

daß unsere Politik ein wesentlich anderes Bild besitzen würde, wenn dieses Loch ausgefüllt wäre. Hier ist es die 511 m zette! Es liegt an Ihnen, dafür zu sorgen, daß welche hineinkommen!

Schlagworte / der anderen:

- KP: Einheit aller Schaffenden!
- Diktatur des Proletariats!
- SP: Planwirtschaft, mehr Brot!
- Diktatur der Bürokratie!
- CDU: Konfessionsschule, Gewissen-freiheit!
- Diktatur des Klerikalriats!
- Hinweg mit Schlagworten! Für die Demokratie der Tat!
- Aufbau / Unser „Ja“ zur Verfassung.
- Wohlfahrt: Sozial-Liberal!
- Liste 4.
- „Ja“ zur Verfassung, die aufbaut.
- „Nein“ zum Schulentwurf, der niederfällt.

Krieg oder Frieden? / Unser „Nein“ zum Schulentwurf.

Mit der „Milchmädchenrechnung“, Elternrecht und Gemeinschaftsschule schließen sich gegenseitig aus. Denn statt Gemeinschaftsschule müßte man vielleicht sinnigere richtiger sagen: „Volksgemeinschaftsschule.“ Sobald nach dem Willen der gewählten 30 Eltern aber ein Stück aus dieser Gemeinschaft herausgehoben wird, kann man nicht mehr von Volksgemeinschaft reden, da das „Volk“ auf diese Art verstimmt wird. Wir lehnen den Schulentwurf ab, da er das sogenannte Elternrecht in den Vordergrund schiebt und damit die Anarchie unseres gesamten Lebens herbeiführt.

Lesen Sie in Ruhe unsere heutigen Ausführungen, damit Sie wissen, wenn Sie Ihre Stimme zu geben haben!

Volksbildungswesen beginnt. Man kommt doch nicht mit dem Elternrecht, wo gerade die Stelle, die es verlangt, sonst herzlich wenig Wert auf dieses Recht legt. Wer steht denn hinter diesem Recht? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Wenn man daran denkt, daß das deutsche Volk ein einstimmig abgelehntes, nur weil man sich nicht darüber einig war, ob das Abendmahl ein essbares oder spirituelles Gestalt zur Selbsterhaltung, so kann man das Pochen auf das Elternrecht und die Forderung nach der Konfessionsschule nur als die ersten Schritte auf einem Wege betrachten, der zu neuen ungesunden Auseinandersetzungen führen muß.

Zusammenstellung: W. Frey, Worms.

Gewerkschaftler!

Arbeiter, Angestellten und Beamte!

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Denkt daran am 18. Mai!

Die Wirtschaft- und Sozialordnung ist für die gesamte arbeitende Bevölkerung von ungeheurer Wichtigkeit.

Entscheidend diese Verfassungsbestimmung den berechtigten Wünschen und Forderungen der schaffenden Bevölkerung?

Demokratie und Sozialisierung ist der sicherste Garant für den Frieden.

Ist dies im Artikel 61 in Verbindung mit Artikel 135 in der Verfassung gewährleistet?

Nein!

Entscheidet der Artikel 71 der Gleichberechtigung der Vertreter der schaffenden Bevölkerung?

Nein!

Denkt daran bei der Abstimmung über die Verfassung!

Die im Gewerkschaftskartell vereinten Gewerkschaften von Mainz.

Zurbe Kopp Orth Blüher, Döhl

Nur ein Kreuzchen!

Ob Du Dich für „Ja“ oder „Nein“ entscheidest, ist Deine Sache, aber welche!

Welcher Partei Du Deine Stimme gibst, ist Deine Sache.

aber wähle!

Auch wenn Du Deine Wahlkarte noch nicht gefunden oder noch keine neue hast, kannst Du zur Wahl gehen. Du brauchst keine Abstimmkarte, sondern nur Deine Wahlkarte. Wenn sie Deine Wahlkarte verloren hat, muß er beim Wahlamt oder den Ortsverantworte-ten die Ausstellung einer Ersatzwahlkarte beantragen. Sollten sich beim Wahlamt keine Wahlkarten mehr vorfinden, so kann man sich nicht wählen lassen. Man kann sich nicht wählen lassen, wenn sie sich durch ihre Wahlkarte ordnungsgemäß ausweisen können und in die Wahlkarte eintragen lassen. Entscheidend für die Zustimmung zur Wahl ist die Eintragung in die Wahlkarte.

Am morgigen Tag bringt Entscheidungen, die für die Zukunft des Landes entscheidend sind. Es ist an Ihnen, die Wahlkarte zu bestimmen, ist unumkehrbar.

Also wähle und stimme ab!

Wahlrecht überall von 8 bis 18 Uhr.